

Zukunftsvertrag mit Politikern

Julia war aus Frankfurt angereist und insgesamt mit dem Kindergipfel zufrieden. „Schade ist nur, dass einige Fragen ausweichend beantwortet wurden“, meinte sie. „Wenigstens ab und zu hat es konkrete Statements gegeben“, zeigte sich der 16-jährige Frederik Düpmeier aus Karlsruhe zufrieden. Zuvor hatten sich nämlich Dr. Annette Littmann (FDP) und Ulla Burchardt (SPD) ein kurzes Wortgefecht geliefert: Littmann ist gegen eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, Burchardt dafür. Der Applaus der Zuhörer war ihr sicher.

Mit der Migrationsbeauftragten der Bundesregierung Marieluise Beck (Grüne) diskutierten die jungen Gipfelteilnehmer anschließend über Ausländerpolitik und Kinderarbeit in Indien oder dem Iran. „Leider gibt es zu wenige Organisationen, für Kinderrechte kämpfen“, gab Beck zu.

In einem „Zukunftsvertrag“ hatten die jungen Leute die Ergebnisse ihrer Workshops formuliert. „Wir fordern, dass in

jeder Stadt, in der Kinder und Jugendliche Interesse an Politik haben, ein Kinder- und Jugendparlament eingerichtet wird“, heißt es unter anderem darin. Außerdem gibt es Forderungen, die Politik solle den Einsatz von Kindersoldaten verhindern und Friedensorganisationen sowie alternative Energien stärker unterstützen. Die Kinder fordern aber nicht

nur - sie gehen auch Selbstverpflichtungen ein: „Wir verpflichten uns, mehr Strom zu sparen“, oder: „Wir helfen bei der Integration von Menschen mit Behinderung.“ Zur Schluss überreichten die Gipfelteilnehmer ihren Zukunftsvertrag an Marieluise Beck. In anderen Politikerkreisen werde ihn bald in die Post zu finden.



Sie stellten sich den Fragen der jungen Gipfelteilnehmer: Dr. Annette Littmann, Marco Bülow und Ulla Burchardt (v. li.)